

Damit die Rezession nicht zur Weltwirtschaftskrise wird

Günther Chaloupek

Immer wieder wird in den letzten Monaten die Rezession der Weltwirtschaft, die im Herbst 2008 begonnen hat, mit der Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre verglichen, die mit dem großen Krach an der New Yorker Börse im Oktober 1929 einsetzte. Dieser Vergleich bietet sich allein schon deshalb von selbst an, weil man bis in diese Zeit zurückgehen muss, um ein reales Beispiel für eine tiefe Rezession der Wirtschaft zu finden. Von den wenigen Rezessionen nach dem Zweiten Weltkrieg war in den meisten Ländern jene nach dem ersten Ölpreisschock Mitte der Siebzigerjahre an heftigsten, und die war in Österreich mit $-0,4\%$ BIP im Jahr 1975 vergleichsweise mild und kurz. Eine bedeutsame Ähnlichkeit zwischen 2008 und 1929 besteht darin, dass die Rezession von einem spekulativ außer Rand und Band geratenen Finanzsystem in den USA ihren Ausgang nahm und anschließend nach und nach die Finanzwirtschaft und die Realwirtschaft der ganzen Welt erfasste. Eine Rezession, die sich 1930 noch nicht grundlegend von früheren Rückschlägen unterschied, wurde zur wirtschaftlichen und auf dem europäischen Kontinent zur politischen Katastrophe durch die extreme und bis dahin beispiellos lange Dauer der Abwärtsbewegung, welche die Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhen klettern ließ und große Teile der Bevölkerung ins Elend stürzte. Wenn der Beginn der Krisen 1929/30 und 2008/09 in der Geschwindigkeit des Absturzes der Aktienkurse und der Gleichzeitigkeit des Preisverfalls auf Aktien-, Immobilien- und Rohstoffmärkten beachtliche Parallelen aufweisen, so stellt sich heute die Frage: Was waren damals die Mechanismen, die damals Produktion und Beschäftigung immer weiter nach unten trieben, bzw.: Hat die Politik die Lektion aus diesen negativen Erfahrungen gelernt? Welche Art von Politik und welche Maßnahmen sind heute notwendig, um eine Depression nach dem Muster der Jahre 1930 bis 1933 zu vermeiden? Die nachfolgenden Überlegungen beziehen sich beispielhaft auf Österreich, aber unter der grundlegenden Annahme, dass sich zumindest eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten ähnlich verhält.

1 Zweitrundeneffekte verhindern!

Auf eine einfache Formel gebracht, wird sich diese Frage daran entscheiden, in welchem Ausmaß es nach dem Krach und nach dem ersten Absacken von Produktion und Beschäftigung zu Zweit- und Drittrundeneffekten (und noch weiteren) nach dem ursprünglichen Einbruch kommen wird. Ihren Ursprung hat die Rezession in einem drastischen Rückgang der Exporte und in einer Rücknahme der Investitionspläne der Unternehmungen. Vom Exportrückgang ist besonders die Industrie- bzw. Sachgüterproduktion betroffen, die Beschäftigung und/oder die Arbeitszeit werden eingeschränkt, die Lohnsumme geht zurück. Die Rücknahme der Investitionspläne geht zwar zum Teil zu Lasten der Importe, führt aber gleichfalls zu einem Rückgang von Inlandsnachfra-

ge und Beschäftigung. Beschleunigt wird der Abschwung durch eine rasche Verschlechterung der Erwartungen der Unternehmungen bezüglich ihrer künftigen Absatzmöglichkeiten. Parallel dazu sinkt der Vertrauenspegel der Konsumenten, was sich vor allem in einem Aufschub von nicht unmittelbar notwendigen Käufen dauerhafter Konsumgüter (Autos, Haushaltsgeräte etc.) niederschlägt. Die Steuereinnahmen gehen zurück, das Staatsdefizit nimmt stark zu.

Die Zweitrundeneffekte bestehen darin, dass alle diese Vorgänge ihrerseits eine weitere, zusätzliche Verringerung der Nachfrage mit sich bringen, mit weiteren Konsequenzen wie Zahlungsunfähigkeit von Unternehmungen und Haushalten, Verschärfung der ohnehin angespannten Situation von Banken und Finanzinstitutionen, Reduktion der Beschäftigung auch in den von der Rezession bisher noch nicht erfassten Bereichen der Wirtschaft usf. Ohne Eingriffe bzw. eingebaute Bremsen würde sich aus dieser Dynamik eine Abwärtsspirale ergeben, die – wie die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise zeigen – von selbst erst auf einem sehr tiefen Niveau zum Stillstand kommt.

2 Automatische Stabilisatoren und nachfragestärkende Maßnahmen

Die stärkste Bremse gegen eine solche Abwärtsspirale ist der Sozialstaat, der unmittelbar die Auswirkungen des Beschäftigungsrückganges auf die Einkommen abfedert. Im Vergleich zu den Dreißigerjahren sind die sozialen Sicherungssysteme Arbeitslosenversicherung (inkl. Kurzarbeit), Pensionen und Transferzahlungen an die Familien heute wesentlich stärker ausgebaut und auch in ihrem Bestand politisch nicht umstritten. Wie die jüngste Debatte über das Doppelbudget 2009/10 gezeigt hat, gilt dies auch für die Notwendigkeit, dass die automatischen Stabilisatoren kurzfristig zu einer starken Erhöhung des Budgetdefizits führen, das finanziert werden muss.

Die automatischen Stabilisatoren alleine sind allerdings als Bremse für eine Fortsetzung des Abschwunges zu schwach. Daher muss der Staat zusätzliche Maßnahmen zur Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage setzen. Dies geschieht durch Investitionen der staatlich kontrollierten Infrastrukturunternehmungen (ÖBB, Straßenbau, Bundesimmobiliengesellschaft), welche die Beschäftigung in der Bauwirtschaft stützen. Die private Konsumnachfrage erhält vor allem durch die Steuersenkung 2009 einen starken, rasch wirksamen Impuls. 2009 und 2010 wären BIP und Beschäftigung ohne diese Maßnahmen um je ca. 1 % niedriger.

3 „Nulllohn“-Parolen und Sparappelle

Trotz einer relativ breiten Akzeptanz von automatischen Stabilisatoren und Konjunkturpaketen bleibt für die Gewerkschaften viel „Überzeugungsarbeit“ zu leisten gegen immer wieder auftauchende Parolen, dass alle zur Überwindung der Krise beitragen können durch die Bereitschaft, „den Gürtel enger zu schnallen“. Aus Kreisen der Industriellenvereinigung kommen seit einiger Zeit Forderungen nach einer „Nulllohnrunde“ zu hören, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmungen gesichert werden soll. In den Kollektivverhandlungsrunden werden von der Unternehmerseite die Lohnabschlüsse hinausgezögert. Eine solche, auf Reallohnsenkung hinauslaufende Strategie würde die Fehler, die in den Dreißigerjahren gemacht wurden, wiederholen und die

Krise verlängern. Damals wurden die Gewerkschaften bekämpft, Löhne gesenkt, Arbeitslosenunterstützungen gekürzt oder gestrichen.

Die wichtigste Stütze von Konjunktur und Beschäftigung ist derzeit der private Konsum, der von der Einkommensentwicklung und vom Konsumentenvertrauen abhängig ist. Nach vielen Jahren der Reallohnstagnation erwarten die ArbeitnehmerInnen eine moderate Steigerung ihrer Nettoeinkommen, die auch durch die Steuersenkung ermöglicht werden soll. Sie sind eine Voraussetzung dafür, um einen Rückgang des privaten Konsums zu verhindern und damit jene Zweitrunde effekte so eng wie möglich zu begrenzen und das Niveau der wirtschaftlichen Aktivität zunächst einmal zu stabilisieren.

Irritierend für die Erwartungsbildung sind auch die häufigen doppelten Botschaften, mit denen Budgetdefizite einerseits gerechtfertigt werden, um dies gleichzeitig auch mit düsteren Andeutungen künftiger Sparpakete zu verbinden. Besonders unrühmlich agiert in diesem Zusammenhang wieder einmal die EU-Kommission, die zugleich die Konjunkturpakete der Mitgliedstaaten koordiniert und Verfahren wegen „übermäßiger Defizite“ ankündigt. Dabei wäre es einfach, die Dinge auseinander zu halten: in den Jahren der Rezession, d. h. 2009 und 2010, sind Budgetdefizite ebenso richtig und notwendig wie ein Abbau der Defizite nach Überwindung der Krise. In erster Linie wird diese Konsolidierung aus der umgekehrten Wirkung der automatischen Stabilisatoren und aus dem Auslaufen der Konjunkturprogramme sein müssen.

Mit einer konsequenten Stabilisierungspolitik sollte es gelingen, den Konjunktüreinbruch auf 2009/10 zu begrenzen. Wir wissen aber nicht, ob es danach rasch gelingen wird, zu BIP-Wachstumsraten von 3 % zurückzukehren, oder ob noch weitere Jahre einer Wachstumsschwäche bevorstehen. Auch darauf sollte von der Budgetpolitik genau geachtet werden. Denn eine verfrühte, überambitionierte Konsolidierungspolitik bringt die Gefahr mit sich, einen Aufschwung vorzeitig abzuwürgen und damit das Konsolidierungsziel erst recht zu verfehlen.

4 Anhang

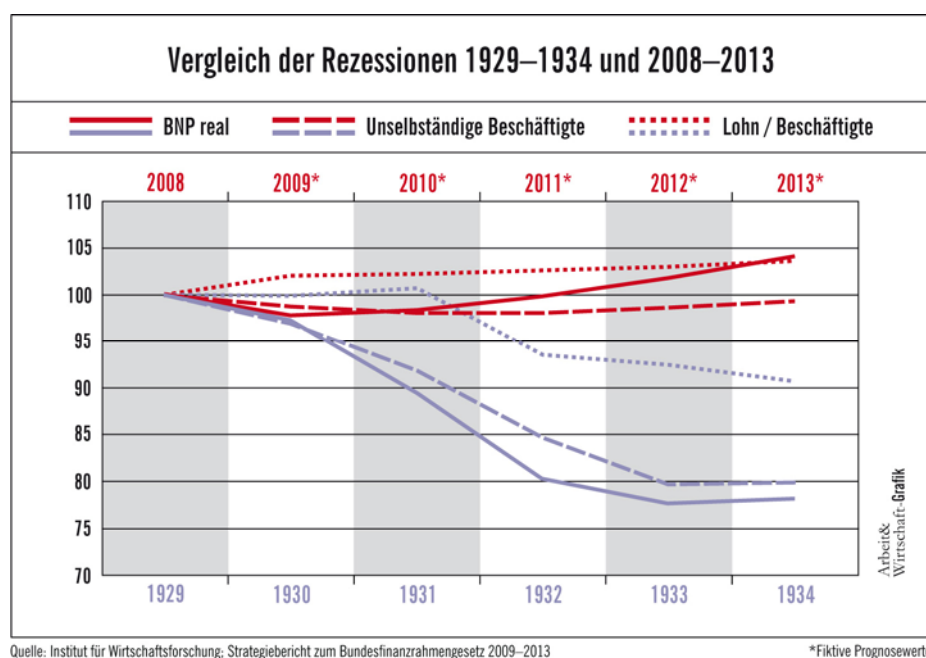


Abb. 1: Vergleich der Rezessionen 1929ff. und 2008ff.

Abbildung 1 vergleicht die Rezession der Jahre 1929 bis 1934 (blau getönte Linien) mit jener, die 2008 begonnen hat, deren Verlauf bis 2013 (rot getönte Linien) aber hier nur anhand der fiktiven Prognosewerte dargestellt werden kann. Das weitgehende Fehlen automatischer Stabilisatoren und von konjunkturstützenden Maßnahmen des Staates führte damals zu einem fortgesetzten Rückgang von BIP und Beschäftigung, in dessen Sog schließlich auch die Löhne nach unten gedrückt wurden. Erst 1933 wurde der Tiefpunkt erreicht. Im Unterschied dazu brems heute die antizyklische Wirtschafts- und Lohnpolitik die Abwärtsbewegung. Der angenommene Verlauf ab 2010 (Jahr 3) beruht auf der Annahme, dass keine weiteren Schocks z. B. von Seiten der internationalen Finanzmärkte die Abwärtsbewegung der Konjunktur in Österreich verschärfen. Die Beschäftigung liegt trotz Erholung auch im Jahr 6–2013 knapp unter dem Ausgangsniveau, im Jahr 6–1934 war sie allerdings um fast ein Viertel niedriger!

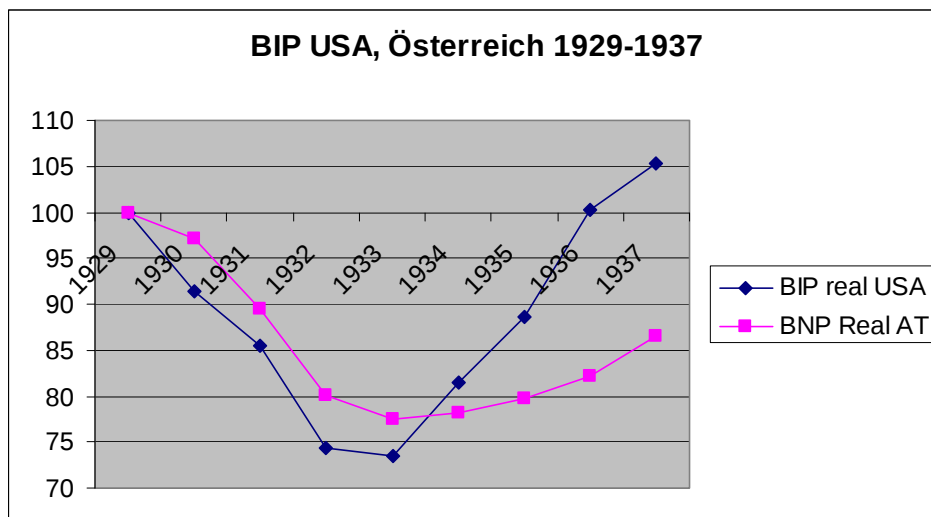


Abb. 2: Verlauf des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zwischen USA und Österreich 1929-1937.

Abbildung 2 zeigt den Verlauf der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zwischen USA und Österreich. In den USA wurde nach der Wahl von Franklin D. Roosevelt zum Präsidenten ab 1933 eine prononciert expansive Wirtschaftspolitik betrieben, die das Tempo des Aufschwungs signifikant beschleunigte. In Österreich wurde unter den politischen Bedingungen der ständestaatlichen Diktatur eine expansive Wirtschaftspolitik nicht versucht – sie wäre im wirtschaftlichen und politischen Umfeld der europäischen Entwicklung auch kaum möglich gewesen. Es kam auch nach 1933 zu keiner tragfähigen konjunkturellen Erholung.